Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark, Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler. Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard W. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Franke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Lorch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Daneck. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Grüning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Verlagsleiter: Rudolph Gothart, Stellvertreter: Walter Raufs. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Der Fall Porst

Man nennt ihn naiv und clever zugleich, man sagt ihm einen gewissen Hang zur Lagerfeuerromantik und zum Naturburschentum nach, man bezeichnet ihn als Wanderer zwischen zwei Welten und nennt ihn einen politischen Träumer mit Geltungssucht. Die Reihe geistvoller Psychogramme über den Foto-Millionär Hannsheinz Porst ist lang und ganz sicherlich noch nicht abgeschlossen. Es wird weiter gelotet, gesondiert und analysiert. Denn auch nach dem Karlsruher Urteil vermag niemand genau zu sagen, was den Nürnberger Großkaufmann in Wahrheit bewogen haben könnte, sich als „Einfluß-Agent" beim Ost-Berliner Staatssicherheitsdienst zu verdingen.

Porst selbst gibt sich in der Pose eines Wegbereiters der Wiedervereinigung, doch der 46jährige Amateur-Politiker übersah stets geflissentlich: Einheit geht nicht vor Freiheit, sondern umgekehrt. Porst war verblendet (für einen Erfolgs-Unternehmer ungewöhnlich) oder aber berechnend in seiner Anbiederung an die kalten Zyniker des Ost-Berliner Staatssicherheitsdienstes, die die verfolgen, die die Freiheit suchen. Ein Mann wie Porst mußte wissen, mit wem er es bei seinen Gesprächen jenseits der Mauer zu tun hatte. Spätestens 1957, also zu dem Zeitpunkt, an dem er drüben eine Verpflichtungserklärung unterschrieb und der Mitangeklagte Pilny als Kurier eingeschaltet wurde, konnte sich Porst keinem Zweifel mehr darüber hingeben, um was es seinen Ost-Berliner Gesprächspartnern ging: Der Nürnberger Geschäftsmann sollte Agent werden. Und Porst zog sich nicht zurück.

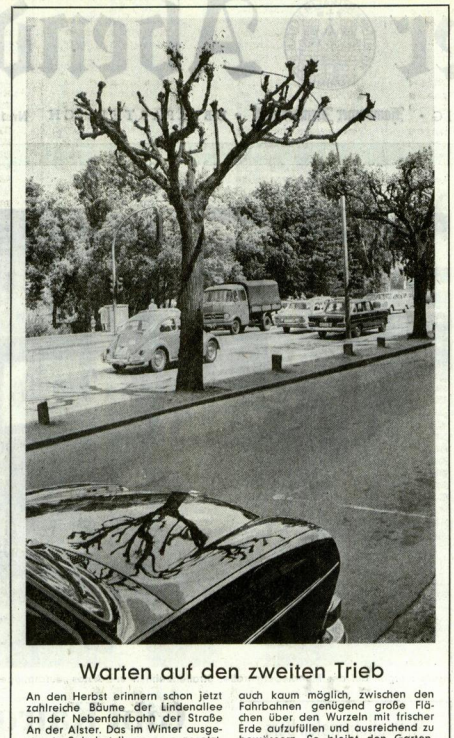
Mancher mag ihn in die Kategorie der schwärmerischen Ideologen einstufen wollen, die selbstlos einem Phantom nachjagen. Man sollte es nicht tun. Bei all seinen Kontakten mit den Kommunisten hat Porst niemals den eigenen Vorteil außer acht gelassen. Er hat sich von Ost-Berlin beträchtliche Summen überweisen lassen. Dennoch beharrt er heute darauf, aus rein politischer Überzeugung gehandelt zu haben. Sein Credo „Ich bin Millionär und Marxist" klingt wie ein Hohn. In seinem Riesenbetrieb gab es von „sozialistischen Errungenschaften" keine Spur. Doppel-Porst wußte, warum er seinen Betrieb nach „kapitalistischen" Richtlinien leitete.

So fuhr der Kaufmann mit großem Geschick über Jahre hinweg auf zweigleisiger Bahn. Der Verdacht liegt daher nahe, daß er in den 50er Jahren, nach einer Fehleinschätzung der politischen Lage, Kontakte mit Ost-Berlin suchte, um — vielleicht — für alle Fälle die Rückversicherung in der Tasche zu haben. Man konnte ja nie wissen ...

Wer so denkt, muß sich den Vorwurf der gefährlichen Einfältigkeit gefallen lassen. Für ihn würde Talleyrands Wort in seiner ganzen Schwere gelten: „Dummheit ist mehr als ein Fehler, sie ist ein Verbrechen."

Porst war nicht nur SED-Genosse, sondern auch Mitglied der FDP und sogar einer ihrer Finanziers. Die Freien Demokraten haben heute unter dieser Last zu tragen. Haftbar aber kann man keine Partei für politische Irrläufer in ihren Reihen machen. Das gilt für Porst ebenso wie für den Fall Frenzel in der SPD und die Affäre Schmitt-Wittmack in der Hamburger CDU.

Bleibt noch zu sagen, daß es sich im ganzen Verfahren Porst um einen isolierten Fall handelt, der ohne Folgen für das Öffentlichkeitsbild der Unternehmer bleibt. Was oft betont wurde, hat noch immer oder heute erst recht seine Gültigkeit: Ein freier, unabhängiger und eigenverantwortlicher Unternehmer kann nicht gleichzeitig Marxist sein. G. G.



Warten auf den zweiten Trieb

An den Herbst erinnern schon jetzt zahlreiche Bäume der Lindenallee an der Nebenfahrbahn der Straße An der Alster. Das im Winter ausgestreute Salz hat ihnen so zugesetzt, daß ihre Blätter welken und einige schon kahl sind. Für Hilfsmaßnahmen hat die Gartenbauabteilung Mitte kein Geld. Aber nicht nur die finanziellen Möglichkeiten für die Baumhilfe sind beschränkt; es ist auch kaum möglich, zwischen den Fahrbahnen genügend große Flächen über den Wurzeln mit frischer Erde aufzufüllen und ausreichend zu bewässern. So bleibt den Gartenbauern nur noch die Hoffnung auf den zweiten Trieb, der in den nächsten Wochen zeigen muß, ob die Bäume der „Pankoken-Allee" — so genannt wegen des Schnittes der Krone — noch lebensfähig sind -ll.

Ost-Berlins Embleme künftig geduldet?

Von unserer Bonner Redaktion
wst. **Bonn**, 9. Juli

Die Frage, ob das Zeigen der Flagge und das Abspielen der Hymne Ost-Berlins bei internationalen Sportveranstaltungen in der Bundesrepublik geduldet werden soll, steht heute erneut auf der Tagesordnung des Bundeskabinetts.

Der Bundesregierung liegt ein Vorschlag des Staatssekretär-Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen vor, dessen Inhalt heute früh noch streng geheimgehalten wurde. Durchgesickert ist lediglich, daß der Vorschlag auf einer NATO-Empfehlung basiert. Diese Empfehlung sieht vor, daß erst einmal versucht werden soll, den Veranstalter der jeweiligen internationalen Sportbegegnungen zu bewegen, auf Flaggen und Hymnen ganz zu verzichten. Wenn dies nicht erreicht werden kann, soll das Zeremoniell einschließlich Flagge und Hymne stillschweigend geduldet werden und die Polizei nicht einschreiten.

Bisher gilt in der Flaggenfrage noch immer ein Beschluß der Länder-Innenminister-Konferenz. Danach wird das Zeigen von Flagge und Hymne Ost-Berlins als „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" angesehen, gegen die die Polizei einzuschreiten hat. Einzige vorgesehene Ausnahme: Die Olympischen Spiele 1972 in München.

Sportbund-Präsident Daume hat inzwischen immer wieder beim Bundesinnenministerium gedrängt, im Interesse der unbehinderten Austragung von internationalen Wettkämpfen und einer Verbesserung des innerdeutschen Sportverkehrs in der Flaggenfrage von der harten Haltung abzugehen. Eine erste Andeutung für ein Nachgeben machte Innen-Staatssekretär Köppler (CDU) am Wochenende: Künftig sollte auch bei Welt- oder Europameisterschaften ähnlich wie bei den Olympischen Spielen 1972 in München — das Zeigen und Spielen der Zonensymbole geduldet werden. Eine generelle Duldung etwa bei Länderkämpfen oder gar bei Veranstaltungen auf Vereinsebene, wie sie der SPD-Abgeordnete Müller-Emmert gefordert hatte, lehnte Köppler ab.

Mehr Studenten – aber weniger Examen

Eigener Bericht
Hamburg, 9. Juli

Trotz zunehmenden Besuchs der Ingenieurschulen in der Bundesrepublik ist die Zahl der bestandenen Examen zurückgegangen.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, stieg die Zahl der deutschen und ausländischen Studierenden in Fachsemestern zwischen dem Wintersemester 1967/68 und dem Wintersemester 1968/69 von 61 571 auf 63 039. Am Ende des Wintersemesters 1967/68 und des Sommersemesters 1968 wurden 16 933 Deutsche und 610 Ausländer als Ingenieur graduiert. Gegenüber dem Vorjahr verminderte sich damit die Zahl der erfolgreich abgelegten Prüfungen insgesamt von 18 121 auf 17 543.

BUNTE WELT

US-Botschafter kommt

Der von Präsident Nixon zum neuen US-Botschafter ernannte bisherige Generaldirektor der Union Carbide Corporation, Kenneth Rush, wird am 21. Juli zur Amtsübernahme in Bonn eintreffen.

Freundschaftsvertrag

An Bord des mitteldeutschen Fährschiffs „Saßnitz" ist auf hoher See ein Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Fährschiff-Städten Saßnitz und Trelleborg unterzeichnet worden.

Verfassungsbeschwerde

Die Jungsozialisten haben gegen die Notstandsgesetze beim Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Sie richtet sich vor allem gegen die Änderung des Artikels 10 des Grundgesetzes, der das Postgeheimnis gewährleistet.

Hubschrauber abgestürzt

Ein Bundeswehr-Hubschrauber vom Typ „Alouette" ist gestern in der Nähe von Kühlsheim bei Tauberbischofsheim in eine Hochspannungsleitung geraten und abgestürzt. Der Pilot wurde getötet.

Anzeige gegen Obstbauern

Mehrere Autofahrer haben gegen Obstbauern Anzeige erstattet, die am Sonntag aus Protest gegen das Wochenend-Lkw-Fahrverbot auf der Rheintal-Autobahn mit ihren Personenwagen den Verkehrsfluß durch betont langsames Fahren behindert hatten.

Einwanderer-Werbung

Um deutsche Einwanderer will der australische Einwanderungsminister Snedden werben, der morgen zu einem fünftägigen Besuch in die Bundesrepublik kommt.

Glückwunsch-Berg

Einen Berg von Glückwünschen hat der FDP-Bundesvorsitzende Scheel gestern nach eigener Ausk

FDP-Chef Walter Scheel

unft zu seinem 50. Geburtstag bekommen. Der Geburtstagsempfang findet heute in der Godesberger Redoute statt.

Goya für sieben Mark

7,20 DM bezahlte der Friseur Wilhelm Weiner in Mittelengland bei einem Trödler für einen billig gerahmten Druck. Jetzt bekam er einen Brief von dem deutschen Kunsthistoriker Paulus: Das Bild ist ein Gemälde und stammt von dem Spanier de Goya. Es ist mindestens eine halbe Million DM wert.

Groß-Exporteur

Die Sowjetunion hat sich zum Groß-Exporteur von Kriegsschiffen entwickelt. Nach Angaben der dem Verteidigungsministerium in Bonn nahestehenden Zeitschrift „Soldat und Technik" haben in den vergangenen Jahren 19 Staaten von der UdSSR über 700 Kriegsschiffe erhalten.

„Gute Nachrichten"

Der Nachrichtensprecher der britischen Fernseh- und Rundfunk-Gesellschaft BBC überraschte seine Zuhörer mit dem alten Journalisten-Sprichwort: „Keine Nachrichten sind gute Nachrichten." Anschließend erklärte er, daß das Manuskript mit den Nachrichten noch nicht aus der Redaktion eingetroffen sei.

Guttenberg in der Mayo-Klinik untersucht

Associated Press
München, 9. Juli

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (CSU), der an einer Nervenerkrankung leidet, hat sich in der amerikanischen Mayo-Klinik einer achttägigen Untersuchung unterzogen und befindet sich jetzt privat in den USA.

Guttenberg hat wegen seiner Erkrankung auf sein Direktmandat im Wahlkreis Forchheim (Oberfranken) verzichtet, steht jedoch auf dem siebenten Platz der CSU-Landesliste in Bayern und wird daher vermutlich trotzdem wieder in den Bundestag einziehen

Rechtsstreit beendet

Von unserer Berliner Redaktion
wy **Berlin**, 9. Juli

Ein Vergleich hat jetzt den unerfreulichen Rechtsstreit zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten Hübner und einem Düsseldorfer Journalisten beendet. Darin verpflichtete sich der Jounalist, nicht mehr über Partys mit Entkleidungsszenen zu berichten, die vor Jahren angeblich im Düsseldorfer Haus des Präsidenten stattgefunden haben sollen.

Der Polizeipräsident hatte gegen diese Behauptung im Februar eine einstweilige Verfügung erwirkt, die zwei Monate später vom Berliner Landgericht aufgehoben worden war.

Flensburger Innenstadt wird saniert

Deutsche Presse-Agentur
Flensburg, 9. Juli

Die Planungsarbeiten für die Sanierung der Flensburger Innenstadt können jetzt beginnen. Für die Kosten in Höhe von 162 000 DM hat der Bund 81 000 DM zur Verfügung gestellt. 70 000 DM soll die Stadt vom Land erhalten.

Weitere politische Nachrichten auf den Seiten 17 und 18

„Das ist Bodenspekulation"

Neugraben-Süd: Pachtzins-Erhöhungen bis zu 2000 %

Von unserem Redaktionsmitglied
Reinhard Voß
Hamburg, 9. Juli

Wenn der Bundesgerichtshof nicht die Entscheidung des Hamburger Landgerichts revidiert, muß der Lehrer Fritz E. Walter aus Hamburg-Neugraben anstatt bisher 146,25 DM künftig 1950 DM Erbpacht im Jahr für sein Eigenheimgrundstück in Süderelbe bezahlen. Das entspräche einer Erhöhung der Pacht um mehr als 1300 Prozent.

Nicht nur Fritz E. Walter und die übrigen 30 Mitglieder der Eigenheimgemeinschaft Neugraben Süd warten mit Spannung auf die Entscheidung des obersten deutschen Gerichts. Auch der Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg im Deutschen Siedlerbund, Theodor Kundt, sagte in einem Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt: „Einige Grundstückseigentümer verlangen von unseren Mitgliedern eine Erhöhung des Pachtzinses um 500 bis 2000 Prozent. Sie betreiben eine Bodenspekulation ohne Risiko auf Kosten der kleinen Leute."

Nach Ansicht des Siedlerbundes herrscht auf dem Gebiet des Erbbaurechts zur Zeit eine „bestürzende Rechtsunsicherheit", weil der Bundestag die seit Jahren dringend notwendige Novelle zum Erbbaurecht immer noch nicht verabschiedet habe.

Um den Folgen einer möglichen Geldentwertung vorzubeugen, stehe in vielen Erbpachtverträgen eine Gleitklausel, die es den Grundstückseigentümern erlaube, den Zins zu erhöhen. „Gegen eine Erhöhung der Zinsen auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten wehren wir uns nicht", betonte Kundt. „Es ist jedoch ein Unding, nicht den höheren Lebenshaltungsindex, sondern die sprunghaft in die Höhe geschnellten Bodenpreise als Berechnungsgrundlage heranzuziehen."

Mit dem Hinweis auf die gestiegenen Bodenpreise verlangt jetzt Fritz E. Walters Verpächter in Neugraben statt bisher 7,5 Pfennig eine Mark pro Quadratmeter Grundstück. Der Rat der Hamburger Baubehörde an die Betroffenen, nach dem Wohngeldgesetz Unterstützung zu beantragen, wenn der Erbzins nicht aufgebracht werden könne, führt nach Ansicht des Verbandes ins Paradoxe: Dadurch würden nämlich die vom Staat früher bewußt geförderten Familienheimbesitzer subventionsbedürftig. „Und das", meint Siedlerbund-Vorsitzender Theodor Kundt, „war wohl nicht im Sinne des Gesetzgebers ..."

Erheblich mehr Erbbauzins soll für die Häuser in Neugraben gezahlt werden.

Philosophenturm wurde geschlossen

Lehrbetrieb kurz vor Semesterschluß eingestellt

Eigener Bericht — dpa
uw/hoe, **Hamburg**, 9. Juli

Der Philosophenturm der Hamburger Universität, in dem die Theologische und die Philosophische Fakultät sowie das Meteorologische Institut untergebracht sind, ist geschlossen worden. Auf Anordnung des Rektors, Prof. Ehrlicher, wurde der Lehrbetrieb im Einvernehmen mit den betreffenden Dekanen und der Hochschulabteilung drei Tage vor Semesterschluß eingestellt.

Anlaß für die Schließung waren, wie die Universitätspressestelle erklärt, wiederholte Besetzungen des Historischen, Germanischen und Literaturwissenschaftlichen Seminares durch Studenten, die Androhung weiterer Besetzungen und die Anwendung physischer Gewalt. Nach der gestrigen Räumung des Philosophenturms durch die Polizei zogen etwa 400 Studenten zum Rektorat im alten Universitätsgebäude an der Edmund-Siemers-Allee und warfen Scheiben ein.

Die vor allem an süddeutschen Universitäten stattfindenden Proteststreiks gegen neue Hochschulgesetze und das Ordnungsrecht beginnen kurz vor Beginn der Semesterferien mehr und mehr zu erlahmen. Nur in Tübingen und Freiburg, wo sich die studentischen Aktionen wie in Hamburg an den Zwischenprüfungen entzündet hatten, hält der Streik ungebrochen an.

☆

Die umstrittenen Zwischenprüfungen dienen der Studienkontrolle durch Professoren und Seminarleiter. Sie wurden eingeführt, weil der wachsende Massenbetrieb einen Überblick des Dozenten über den Leistungsstand seiner Hörer, der früher durch den persönlichen Kontakt gegeben war, unmöglich machte. Sie werden nach dem vierten Semester abgelegt und gelten als Voraussetzung für die Teilnahme an einem Oberseminar. Gleichzeitig sind sie Bedingung für die Fortsetzung der finanziellen Förderung nach dem Honnefer-Modell. In anderen Fakultäten, z. B. der Medizinischen (Vorphysikum, Physikum), sind entsprechende „Zwischenprüfungen" seit jeher selbstverständlich. Der Wert der ursprünglich auf Wunsch der Studentenschaft selbst eingeführten Zwischenprüfungen in der Philosophischen Fakultät ist allerdings auch innerhalb des Lehrkörpers nicht unumstritten.

Einmalig in Europa: RICHTER-Zentrum in Schenefeld

Mit der lückenlosen Garantie für bahnbrechend niedrige Barkauf-Preise,
mit 10 großen eigenen Hallen und 110 sehenswerten Schaufenstern,
mit einer Polstermöbel-Auswahl in einer Vielseitigkeit ohnegleichen,
mit dem überwältigenden Angebot erlesener Wohnschränke und Schrankwände,

mit einer Stilmöbel-Schau in 4 großen Hallen und 40 Schaufenstern,
mit einem Ledermöbel-Programm, das es kaum noch einmal gibt
und unwahrscheinlich vielen einmaligen RICHTER-Angeboten
freuen wir uns ohne Ausnahme auf jeden Preisvergleich!!! –

Die größte Polstermöbel-Auswahl im Großraum Hamburg

Polstergarnituren	von 298,– bis 4233,– DM
Polsterecken	von 698,– bis 2589,– DM
Stilpolster-Garnituren	von 698,– bis 5838,– DM
Lederkissen-Garnituren	von 595,– bis 6030,– DM

Ein überwältigendes Angebot an Wohnschränken und Schrankwänden:

Wohnschränke	von 298,– bis 1938,- DM
Schrankwände	von 598,– bis 4528,– DM
Stilschränke	von 518,– bis 3524,– DM
Stil-Schrankwände	von 998,– bis 5789,– DM

RICHTER

Europas größtes Barkauf-Spezialhaus für Polstermöbel • Wohnschränke • Schrankwände

Schenefeld bei Hamburg – Lornsenstraße 125 – Ruf Hamburg 83 00 71 – 20 Autominuten vom Zentrum Hamburgs über Bahrenfeld–Lurup